

Friedrich Merz:

Rot-Grün benachteiligt den Mittelstand

In der Bundestagsdebatte am 18. Februar über die rot-grüne Steuerreform führte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, u.a. folgendes aus:

Nach den massiven Steuererhöhungen der letzten 15 Monate und unverändert weiter geltenden Schritten zur Anhebung der sog. „Ökosteuer“ bis in das Jahr 2003 hinein soll die Unternehmensteuerbelastung in

CDU und CSU wollen die große Steuerreform

mehreren Schritten gesenkt werden. Mit dem Gesetzentwurf zur Reform der Unternehmensbesteuerung bevorzugt die Bundesregierung allerdings einseitig große Kapitalgesellschaften und benachteiligt den Mittelstand.

Er ist in dieser Form für die Union nicht zustimmungsfähig: Die Bundesregierung verzichtet erkennbar auf eine Reform des Einkommensteuergesetzes und damit auf die grundlegende Bereinigung der steuerlichen Bemessungsgrundlage. Im Gegenteil, das Ertragsteuerrecht wird mit den vorgeschlagenen Maßnahmen noch viel komplizierter als bisher. Die Personengesellschaften bleiben – insbesondere dann,

Fortsetzung auf Seite 2

HEUTE AKTUELL

● Neuanfang

Höchste Zeit, dass der Wettbewerb in der Sache wieder stattfindet. Seite 4

● Wolfenbüttel

Verantwortung, Veränderung, Vertrauen. Start der Regionalkonferenzen. Seite 6

● CDU Hessen

Geschlossen hinter Roland Koch. Landesparteitag in Wiesbaden. Seite 16

● CDU Hamburg

Dirk Fischer als Landesvorsitzender bestätigt. Seite 18

● CDU Berlin

Eberhard Diepgen traf die Stimmungslage. Seite 19

● KAS

Soziale Kontrollen statt Wegsehmentalität. 10-Punkte-Papier zum Thema Jugend und Gewalt. Seite 21

● Dokumentation

Wolfgang Schäuble: Lehren aus dem Kosovo-Krieg. Rede auf der XXXVI. Konferenz für Sicherheitspolitik in München. Innenteil

Euro-Verfall ist die Folge ausgebliebener Reformen

Maßgeblich für die Euro-Schwäche verantwortlich zu sein, hat der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, der rot-grünen Bundesregierung vorgeworfen.

Inzwischen weise der Euro einen erheblichen Verfall gegenüber dem

Dollar und anderen Währungen dieser Welt auf. „Wenn es richtig ist, dass der Wechselkurs einer Währung praktisch der Aktienkurs einer Volkswirtschaft ist“, dann sei in der Amtszeit dieser Bundesregierung der Kurs der deutschen Wirtschaft um 15 Prozent gefallen.

Fortsetzung von Seite 1

wenn sie schon heute nicht gewerbesteuerpflichtig sind – im Vergleich zu den Kapitalgesellschaften zu hoch belastet.

Neue Probleme mit der Gewerbesteuer

Die pauschalierte Anrechnung der Gewerbesteuer höhlt die Finanzautonomie der Gemeinden aus und macht aus der Gewerbesteuer bei Personengesellschaften eine Vorauszahlung auf die Einkommensteuer. Keines der bekannten Probleme der Gewerbesteuer wird damit gelöst, stattdessen werden neue Probleme mit der Gewerbesteuer geschaffen. Die Gewerbesteuer wird in ihrer bisherigen Erhebungsform perpetuiert, da sie für die meisten Personengesellschaften zum bestimmenden Faktor für die steuerliche Entlastung wird. Die unterschiedliche Behandlung der Gewerbesteuer bei Kapitalgesellschaften und bei Personengesellschaften macht die Gewerbesteuer zum Ausgangspunkt der gesamten Unternehmensteuerreform. Eine Veränderung oder Reform der Gewerbesteuer selbst wird auf diese Weise fast unmöglich.

Die Option für das Körperschaftsteuergesetz löst eine Reihe von Konsequenzen aus, über die sich die optierenden Personengesellschaften im Klaren sein müssen: die Erbschaftsteuer wird drastisch verschärft, die Gewinnermittlungsvorschriften

für Kapitalgesellschaften müssen – bis hin zu Geschäftsführergehältern und Pensionszusagen – eingehalten werden, die Probleme der verdeckten Gewinnausschüttung vervielfachen sich, der Druck hin zur handelsrechtlichen Rechtsformänderung in eine Kapitalgesellschaft nimmt zu.

Anfechtbare Schlechterstellung

Wir müssen fragen, ob wir den Druck auf den Mittelstand, in die Kapitalgesellschaften zu gehen, wirklich wollen. Die allgemeine Steuerfreistellung von Dividenden-erträgen und Veräußerungsgewinnen zwischen Kapitalgesellschaften erleichtert zwar die Umstrukturierung und verbessert die Eigenkapitalausstattung von Unternehmen in der Rechtsform einer Körperschaft und vermutlich auch der Personengesellschaften, die für das Körperschaftsteuergesetz optiert haben; gleichzeitig wird die Besteuerung bei der Veräußerung von Anteilen an Personengesellschaften aber drastisch verschärft, da die Beteiligungsgrenze, bis zu der Anteile steuerfrei veräußert werden können, von heute 10% auf 1% abgesenkt werden soll. Darin steckt eine verfassungsrechtlich anfechtbare und wirtschaftspolitisch unververtretbare Schlechterstellung der nicht optierenden Personengesellschaften.

Schließlich benachteiligt die Abschaffung des körperschaftsteuerlichen Anrech-

nungsverfahrens zugunsten des „Halbeinkünfteverfahrens“ alle Aktionäre mit inländischem Anteilsbesitz und niedrigem Steuersatz; umgekehrt werden Aktionäre von ausländischen Unternehmen bzw. hohem persönlichen Steuersatz von der Umstellung begünstigt. Ein solcher Schritt fördert nicht die Entwicklung einer breiten Aktienkultur.

Einigung nicht erst im Vermittlungsverfahren

CDU und CSU sind sich darüber einig, dass wir eine große Steuerreform wollen. Dieses Ziel werden wir weder im Bundestag noch im Bundesrat blockieren. Wenn eine solche Reform mit unserer Zustimmung gelingen soll, müssen allerdings einige Voraussetzungen erfüllt sein: Die Einigung zwischen kann nicht erst im Vermittlungsverfahren zustande kommen. Die Grundfragen der Steuerpolitik müssen im Bundestag und im Bundesrat geklärt wer-

den. Wir fordern die Bundesregierung daher auf, frühzeitig mit allen Fraktionen des Bundestages und allen Ländern im Bundesrat eine Einigung herbeizuführen.

Wir beteiligen uns nicht an einer Steuerreform, mit der über die grundlegenden Probleme unseres Steuersystems weiter hinweggepuscht wird. Unverzichtbare Voraussetzung für das Gelingen dieser Reform ist daher eine Reform des Einkommensteuergesetzes mit einer Bereinigung der steuerlichen Bemessungsgrundlage. Eine wirkliche Reform des Einkommensteuergesetzes erfordert die Beibehaltung der gleichmäßigen Besteuerung aller Einkunftsarten unabhängig von ihrer Erzielung und Verwendung. Wir wollen die Einkommensteuer auf 15 - 35 % senken. Mit diesem Einkommensteuertarif würden auch Personengesellschaften entlastet, ohne dass es der von der Bundesregierung vorgeschlagenen komplizierten und verfassungsrechtlich fragwürdigen Hilfskonstruktionen bedarf.

Die SPD muss ihre Spendenpraxis offenlegen

Nach Informationen der Wirtschaftswoche hat die Allgemeine Hospital Gesellschaft (AHG) eine Spende von 50.000 DM an die SPD gestückt.

Des weiteren hat die AHG, deren stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzender der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck ist, bei der Erstellung einer Zeitschrift geholfen, die von der SPD im letzten Bundestagswahlkampf verteilt wurde. Ihr Inhalt war reine Polemik gegen die Gesundheitspolitik der alten Bundesregierung.

Dazu erklärten Hermann-Josef Arentz, erster stellvertretender Bundesvorsitzender der CDA und Peter Rauen, Bundesvorsitzender der MIT: „Vor

dem Hintergrund dieser Vorgänge markiert die offene Schadenfreude, die der SPD-Fraktionschef und Schröder-Intimus Struck gegen die Union zeigt, einen Tiefpunkt der politischen Moral. Wir fordern, dass der Auftrag des Untersuchungsausschusses im Deutschen Bundestag zur Spendenaffäre auf die Überprüfung der SPD-Spendenpraxis ausgeweitet wird. Wer nichts zu verbergen hat, der hat auch keine Angst vor einer Untersuchung. Es darf nicht sein, dass die SPD in Bund und Ländern beharrlich ihre Finanzskandale unter den Teppich zu kehren versucht, während sich die CDU einem schmerzhaften Selbstreinigungsprozess stellt.“

Höchste Zeit, dass der Wettbewerb in der Sache wieder stattfindet

Es ist wahr: Die CDU hat schon bessere Zeiten gesehen. In der CDU wurde gegen das Parteiengesetz verstoßen. Das ist nicht akzeptabel. Wahr ist aber auch: **Dafür sind Einzelne verantwortlich – nicht 640.000 CDU-Mitglieder und nicht tausende von Vorstandsmitgliedern und Mandatsträgern in Bund, Ländern und Kommunen.**

Die CDU hat Verantwortung für die Vergangenheit übernommen: Keine andere politische Partei hat sich jemals einer derart intensiven Durchleuchtung ihres Finanzwesens gestellt. Wir haben vieles aus eigener Kraft geklärt. Solche Praktiken dürfen sich nicht wiederholen. Wir wollen neues Vertrauen gewinnen.

● Gerade jetzt braucht Deutschland eine starke Mitte

Die große Mehrheit der Menschen in Deutschland vertritt Positionen der politischen Mitte. Diesen Bürgerinnen und Bürgern bietet die CDU eine politische Heimat. Deshalb war Deutschland in der Vergangenheit ein politisch stabiles Land. Wir haben geschafft, was der SPD auf der linken Seite heute nicht mehr gelingt: Radikale und Demagogen haben keine Chance. Wir haben die wichtigen Richtungsentscheidungen in der deutschen Nachkriegsgeschichte durchgesetzt: Europäische Einigung, soziale Marktwirtschaft, Deutsche Einheit. Damit hat die CDU politische Brücken gebaut. Das wird auch in Zukunft gebraucht: Zwischen Jungen und Alten, zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen, zwischen Werten, die bleiben und Veränderungen, die unvermeidlich sind.

● Gerade jetzt braucht Deutschland eine politische Alternative

Zurzeit ist der Wettbewerb der Parteien um die besten politischen Lösungen praktisch außer Kraft gesetzt. Das darf nicht so bleiben. Denn politische Konkurrenz bietet am ehesten die Chance, dass unser Land gut regiert wird.

● Gerade jetzt braucht Deutschland eine bessere Politik

Die Probleme unseres Landes sind nach dem ersten Regierungsjahr von Rot-Grün größer statt kleiner geworden: Der Arbeitsmarkt stagniert. Beim Wachstum ist Deutschland ans Ende der EU-Rangliste gerutscht. In der Steuerpolitik wird der Mittelstand an den Rand gedrückt. In der Rentenpolitik hat die Regierung kein Konzept für einen vernünftigen Ausgleich. In der Bildungspolitik geht es nur dort voran, wo die CDU in den Ländern politische Verantwortung hat. Die CDU hat die besseren Konzepte. Deshalb wird es höchste Zeit, dass der Wettbewerb in der Sache wieder stattfindet.

● Der Neuanfang der CDU beginnt jetzt. Er ist unsere Aufgabe. Aber wir brauchen Ihre Hilfe.

Solidaritätskonto:

Deutsche Bank Berlin

BLZ: 100 700 00

Kontonummer: 9 000 555 01

Die steuerlichen Abzugsmöglichkeiten für Zuwendungen an politische Parteien ab 1. Januar 1994

Aufgrund der einschlägigen steuerlichen Vorschriften bestehen folgende Abzugsmöglichkeiten für Zuwendungen (Spenden und Mitgliedsbeiträge) an politische Parteien.

1. Bei Zuwendungen an politische Parteien ist die steuerliche Abzugsfähigkeit auf natürliche Personen beschränkt. Insgesamt können 6.000,- DM, bei zusammenveranlagten Ehegatten 12.000,- DM, jährlich steuerlich geltend gemacht werden. Dabei werden

- Zuwendungen bis zu einer Höhe von 3.000,- DM/6.000,- DM nach §34g EstG berücksichtigt, indem 50% des zugewendeten Betrages von der Steuerschuld abgezogen werden;

- weitere 3.000,-DM / 6.000,-DM werden nach §10b ESTG steuermindernd als Sonderausgaben berücksichtigt. Zuwendungen an mehrere Parteien werden zusammenge-rechnet.

2. Zuwendungen von Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person (z.B. AG, GmbH, KgaA) können ihre Zuwendungen nicht als Betriebsausgaben geltend machen.

Bei Zuwendungen von Unternehmen in der Rechtsform einer Personengesellschaft (z.B. OHG, KG, GmbH & CoKG) können diese Zuwendungen zwar nicht als Betriebsausgaben bei der Personengesellschaft unmittelbar geltend gemacht werden;

diese Zuwendungen werden jedoch anteilig im Rahmen der einheitlichen und geson-derten Gewinnfeststellung der Personenge-sellschaft den Gesellschaftern im Verhältnis ihrer Beteiligungsquote zugerechnet.

Die steuerliche Auswirkung der Zuwendung findet somit bei der persönlichen Einkom-mensteuererklärung des Gesellschafter in dem wie unter Tz. 1 erläuterten Umfang ih-re Berücksichtigung.

3. Berufsverbände können gemäß § 5 Abs. 1 Nr.5 KStG bis zu 10% ihrer Einnah-men für die unmittelbare oder mittelbare Förderung politischer Parteien verwenden, ohne ihre Steuerfreiheit zu beeinträchtigen. Auf die Zuwendungen haben die Berufsver-bände 50% Körperschaftssteuer zu zahlen.

4. Spenden an eine politische Partei von natürlichen Personen und von Unterneh-men sind im Rechenschaftsbericht der Par-tei, der als Bundestagsdrucksache veröf-fentlicht wird, zu verzeichnen, wenn deren Gesamtwert je Spender 20.000,- DM im Jahr übersteigt.

Der Bundesschatzmeister bittet Spender, die in einem Kalenderjahr mehr als DM 20.000,- pro Jahr an die CDU einschließ-lich ihrer Untergliederungen und Vereini-gungen gespendet haben, ihm den Ge-samtbetrag der Spenden am Ende des Jah-res mitzuteilen, damit dieser Betrag im Re-chenschaftsbericht veröffentlicht werden kann.

BITTE GEBEN SIE bei Ihrer Spende auch Ihre Adresse an, damit wir Ihnen eine Spendenquittung zusenden können. Benutzen Sie hierzu bitte das Feld „Verwendungszweck“ auf dem Überweisungsträger.

Verantwortung, Veränderung, Vertrauen

Start der Regionalkonferenzen

Spurlos sind die letzten Wochen an niemandem vorbeigegangen, der zur CDU gehört. Aber Selbstbewusstsein und Kampfgeist der Partei sind ungebrochen. Das war die Botschaft der ersten von sieben Regionalkonferenzen der CDU vor dem Essener Parteitag im April.

Über 900 Verantwortliche der CDU-Basis aus Sachsen-Anhalt und Niedersachsen kamen am 18. Februar nach Wolfenbüttel, um mit Generalsekretärin Angela Merkel und den Landesvorsitzenden Wolfgang Böhmer und Christian Wulff unter dem Motto „Verantwortung, Veränderung, Vertrauen“ die Situation und die Perspektiven der Partei zu diskutieren.

Natürlich haben die Ergebnisse der Untersuchungen der vergangenen Wochen und Monate die CDU-Mitglieder getroffen und verunsichert. Enttäuschung und Wut artikulieren sich auch in Wolfenbüttel. Aber wer darauf spekuliert haben mag, die CDU werde sich zerstritten und ratlos präsentieren, wurde enttäuscht. Generalsekretärin Angela Merkel traf mit ihrer Zielsetzung die Erwartung der Teilnehmer: „Sie haben

in den letzten Monaten vieles hören und sehen müssen, was Sie zu tiefst aufgewühlt hat. Sie haben schwierige Diskussionen zu bestehen. Wir müssen uns jetzt darüber verständigen, was war, aber auch, wohin es gehen soll.“ Sie bekannte sich zur Verantwortung der CDU für die Vergangenheit. Und sie forderte eine offene Debatte über Veränderungen.

Das bestimmte auch die Diskussion. Da ging es nicht nur um neue Regeln für die

Deutschland braucht eine bessere Politik und deshalb auch eine starke CDU.

Parteifinanzien. Im Mittelpunkt stand der Wunsch vieler Teilnehmer nach einer dichteren Kommunikation zwischen Führung und Basis, nach mehr Offenheit bei parteiinternen Debatten und nach Geschlossenheit, wenn Entscheidungen getroffen wurden. Die Zuversicht, mit Verantwortung und Veränderungen neues Vertrauen zu gewinnen, war bei allen Teil-

Rudolf Marx neuer Landrat in Hessen

Nach 28 Jahren SPD-Führung wird die Spitze des Landratsamts des Vogelsberg-Kreises in Alsfeld von dem 56-jährigen CDU-Bewerber Rudolf Marx besetzt. Durch Stichwahl hat er sich mit 53 Prozent der

Stimmen gegen seinen Herausforderer Christoph Fellner von der SPD durchgesetzt. Rudolf Marx: „Das Verhalten unserer Wähler zeigt: Der Spendenskandal der CDU hat keine Rolle gespielt.“

Man muss die Leute richtig ansprechen

Der jüngste Kreisvorsitzende in Deutschland ist 25 Jahre alt: Nicolai Schenk, Marketing-Student und gelernter Versicherungskaufmann aus Maikammer.

Er versteht es, Menschen für die Politik zu begeistern. „Man muss die Leute nur richtig ansprechen“, ist seine Devise, und er handelt auch danach. Vom Jammern über Parteienverdrossenheit hält er nichts.

Eine Raver-Disko, deren Erlös der Drogenhilfe zugute kommt, jährlich vier bis fünf Ausbildungsplatzbörsen

in der Südpfalz, Hilfskonvois für das Kosovo, für die tonnenweise Güter und Zehntausende Mark gespendet wurden, – diese Aktivitäten sprechen für sich.

„Ich geh' nix aus dem Weg. Ich vertrete meine Ziele Ende.“ Der neue Vorsitzende des 2.200 Mitglieder zählenden Kreisverbands Südliche Weinstraße kommt immer auf den Punkt. Zu seiner vorbildlichen Basisarbeit gehören regelmäßige Mitgliederbefragungen, mit denen er die Mitglieder stärker in die Parteiarbeit einbeziehen will.

nehmern spürbar. Und das Selbstbewusstsein, dass Deutschland eine starke CDU braucht.

Generalsekretärin Angela Merkel nannte in ihrer Rede drei Punkte, die für das Markenzeichen CDU stehen. Die Soziale Marktwirtschaft, deren Erfindung und deren Erneuerung sich mit der CDU verbindet. Die Einsicht, dass Wettbewerb auch zwischen Regionen besser ist als Zentralismus, und zwar nicht nur in ökonomischer Hinsicht, sondern auch als Instrument der Stiftung von Identität. Schließlich das „C“, das christliche Menschenbild, dass in einer Zeit rasanter Veränderungen und technologischer Fortschritte Richtschnur für das ist, was wir wollen und was wir dürfen.

Christian Wulff brachte auf den Punkt, was alle Teilnehmer beschäftigte: Wir müssen unsere Probleme lösen, damit die Frage, wer Deutschlands Probleme löst, wieder in den Mittelpunkt des politischen Wettbewerbs rückt. An Beispielen dafür fehlte es in seiner Rede nicht: Der Arbeitsmarkt stagniert. In der Steuerpolitik wird

**Verantwortung. VERÄNDERUNG.
VERTRAUEN.**

CDU

der Mittelstand an den Rand gedrückt. In der Rentenpolitik hat die Regierung kein Konzept für einen vernünftigen Ausgleich. Beim Tansrapid verspielt die Regierung eine Zukunftschance, weil sie über eine Hochgeschwindigkeitstechnik in der Dimension einer S-Bahn-Verbindung redet.

Die Überzeugung, dass Deutschland gerade jetzt eine bessere Politik und damit eine starke CDU braucht, fand sich auch in den Beiträgen der Teilnehmer. Deshalb war das Votum der Basis in Wolfenbüttel, das Wolfgang Böhmer in seiner Schlussrede zusammenfasste, eindeutig: Neues Vertrauen entsteht aus innerer Erneuerung. Damit hat die CDU gute Chancen, die Menschen für Ihre Politik zu gewinnen. ■

Am Arbeitsmarkt vorbei

Gunnar Uldall, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Jahreswirtschaftsbericht 2000 der Bundesregierung:

Minister Eichel beginnt den Jahreswirtschaftsbericht mit einer richtigen Feststellung: „Ein entscheidender Abbau der Arbeitslosigkeit ist nur im wechselseitigen Zusammenspiel günstiger makroökonomischer Rahmenbedingungen und nachhaltiger Strukturreformen zu erreichen.“ Stimmt, tatsächlich findet die Bundesregierung so günstige Rahmenbedingungen vor wie seit langem nicht mehr. Deswegen geht der Bericht für das laufende Jahr auch zu Recht von einem Anstieg der Wachstumsraten aus. Allerdings: Das Wachstum geht am Arbeitsmarkt völlig vorbei. Ja, man muss sogar feststellen, dass die Zahl der Beschäftigten zurückgeht. Nach den jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes – leider erst für November 1999 vorliegend – ist die Beschäftigtenzahl im Jahresvergleich um 64.000 zurückgegangen. Dass die Bundesregierung trotzdem eine leicht rückläufige Arbeitslosenzahl vermelden kann, liegt allein an der demographischen Entwicklung.

Dass das Wachstum am Arbeitsmarkt vorübergeht, liegt daran, dass die Regierung die zweite Bedingung, die nach Eichels eigener Feststellung für den Abbau der Arbeitslosenzahlen erfüllt sein muss, nicht angepackt hat. Sie scheuen sich, die notwendigen Strukturreformen anzupacken, weil diese zunächst meist unpopulär sind. In Ihrem Jahreswirtschaftsbericht nennen Sie zwar Strukturreformen, aber was Sie dort aufzählen, wurde bereits alles in der letzten Legislaturperiode umgesetzt. Damals haben Sie heftigen Widerstand dagegen geleistet, zum Teil sogar

vor Gericht geklagt. Heute erkennen Sie zwar die Erfolge, wollen aber jetzt die bereits durchgesetzten Maßnahmen teilweise wieder zurückdrehen.

So führte z.B. die Energierechtsreform zu Preissenkungen für den Verbraucher und zu Kostensenkungen für die Unternehmen. Für den Durchschnittshaushalt bedeuten die jetzt zurückgegangenen Strompreise pro Jahr eine Ersparnis von rund 400 DM. Aber schon versuchen Sie, diese Entwicklung wieder zurückzudrehen. Der Verbraucher soll nach Ihren Plänen für jede Kilowattstunde zusätzlich zahlen: 0,4 Pf./Kwh für höhere Stromeinspeisung, 0,2 Pf./Kwh für Stadtwerke mit KWK-Anlagen, 0,2 Pf./Kwh für die ostdeutsche Braunkohle und 4 Pf./Kwh für die Ökosteuer. Damit kassiert die rot-grüne Koalition die Preissenkungen von rund 15 - 20 Mrd. DM aus der Liberalisierung fast vollständig wieder ein. Ähnlich positiv war die Einführung des Wettbewerbs bei der Telekommunikation. Lebhafter Wettbewerb hat zu deutlichen Preissenkungen, verbraucherfreundlichen Angeboten und zur Entstehung neuer Arbeitsplätze geführt.

Lediglich zurückgedreht

Nach diesen Strukturreformen sind jetzt Reformen auf dem Arbeitsmarkt und bei den Sozialversicherungen erforderlich. Auf diesem Gebiet haben Sie bisher lediglich unsere Maßnahmen zurückgedreht. Nötig wären aber z.B.: Mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen und in den Sozialen Diensten. Ihre Kritik an den Vorschlägen der Monopolkommission beweist erneut ihre wettbewerbskritische Einstellung. Mehr Möglichkeiten für den Ausbau der Zeitarbeit. Wir könnten in Deutschland 200.000 bis 300.000 Arbeitsplätze mehr

Die Pflegeversicherung darf nicht zum Pflegefall werden

Zum Eckpunktepapier des Bundesministeriums für Gesundheit zur „Förderung der Tagespflege als ersten Schritt für eine bessere Versorgung demenzkranker Mitbürgerinnen und Mitbürger“ erklärte der Berichterstatter für die Pflegeversicherung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ulf Fink:

Es ist in höchstem Maße verwunderlich, dass die Bundesgesundheitsministerin Leistungsverbesserungen der Pflegeversicherung für die Demenzkranken in Höhe von rund 500 Mio. DM jährlich in Aussicht stellt, ohne auch nur den geringsten Anhaltspunkt zu vermitteln, wie diese Leistungsverbesserungen finanziert werden sollen.

Die Pflegeversicherung hatte 1999 zum ersten Mal ein Defizit von 74 Mio. DM aufzuweisen.

Nach den Berechnungen des Bundesversicherungsamtes steigt dieses Defizit in diesem Jahr auf 1,4 Milliarden DM. Bereits im Jahre 2002 ist ohne Leistungsverbesserungen die Zahlungsfähigkeit aufgrund dieser Berechnungen nicht mehr gegeben.

Regierung muss handeln

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich für Verbesserungen zugunsten der Demenzkranken nachdrücklich ein.

Aber jetzt ist die Bundesregierung zuerst einmal dringend aufgefordert, Klarheit zur finanziellen Zukunft der Pflegeversicherung zu schaffen. Vogel-Strauß ist ein schlechter Ratgeber für die Politik

haben, wenn wir die Zeitarbeitsunternehmen nicht im Vergleich zu anderen Unternehmen benachteiligen würden. Eine Reform des Tarifrechts. Vor allem die geltende Definition des Günstigkeitsprinzips passt einfach nicht mehr in unsere heutige Zeit. Es muss auch als „günstig“ für die Arbeitnehmer gelten, wenn Betriebsräte in einer schwierigen Geschäftslage Zugeständnisse beim Lohn und der Arbeitszeit machen und gleichzeitig die Unternehmensleitung Beschäftigungsgarantien gibt. Was gibt es denn günstigeres als gesicherte Arbeitsplätze?!

Der Bundesregierung fehlt der Mut zu echten Strukturreformen für mehr Beschäftigung. Deswegen ist es kein Wunder, dass der Jahreswirtschaftsbericht von einem

erheblich niedrigeren Beschäftigungszuwachs ausgeht als in den übrigen 15 EU-Ländern. Schon 1999 lagen wir weit hinter dem EU-Durchschnitt. In Europa stieg die Beschäftigung um 1,2%, in Deutschland nur um 0,3% im Jahresdurchschnitt. Gemäß dem Jahreswirtschaftsbericht soll sich der Abstand zu den anderen EU-Ländern immer weiter vergrößern. Gerhard Schröder hat erklärt, dass er sich und seine Politik jederzeit messen lassen will an den Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt. Mit dem Ziel, in diesem Jahr die Beschäftigung im geringeren Umfange zu steigern als die europäischen Nachbarländer, erklärt die Bundesregierung faktisch, dass sie den Kampf um neue Arbeitsplätze aufgegeben hat.

Klimmt soll einen Nachtragshaushalt vorlegen

Zur Sicherstellung des parlamentarischen Haushalts-Gestaltungsrechts soll die Bundesregierung über einen Nachtragshaushalt offen legen, wie sie die Haushaltslöcher im Einzelplan Verkehr/Bau schließen wird. Dies fordern der wohnungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietmar Kansy, und der Berichterstatter der Arbeitsgruppe Verkehr und Bau, Gert Willner:

Um noch schnell vor der Landtagswahl in Schleswig-Holstein vollmundig ein Milliarden schweres Verkehrsprogramm für eine ferne Zukunft mit Geld, das er erst noch dem LKW-Verkehr aus der Tasche ziehen will, versprechen zu können, muss Verkehrs- und Bauminister Klimmt mit allen Tricks seine akuten Haushaltsnöte verschleiern. Auch, weil er nicht den Mut hatte, das noch von seinem Vorgänger Münterfering eingefädeltelte Wohngeld-Abkassiermanöver von über 2,2 Milliarden DM zu Lasten der Kommunen rechtzeitig abbrechen.

Bundesfinanzminister Eichel hat Klimmt jetzt ins Obligo genommen, den um mindestens 2,2 Milliarden DM unterdotierten Ansatz bei den Wohngeldausgaben im laufenden Jahr durch Einsparungen im eigenen Etat gegen zu finanzieren. Klimmt weicht derzeit allen parlamentarischen Fragen aus, wie er das bewerkstelligen will. Da im Baubereich die Ausgaben weitestgehend durch gesetzliche Verpflichtungen beziehungsweise Verwaltungsvereinbarungen mit den Ländern festgelegt sind, steht ihm wohl nur der Weg offen, die Straßenbaumittel weiter zu kürzen.

Im Interesse der parlamentarischen Haushaltskontrolle fordern wir deshalb die

Bundesregierung auf, in einem Nachtragshaushalt offen zulegen, wie der zusätzliche Ausgabenbedarf – zu dem wahrscheinlich noch die 4,6 Milliarden DM Einnahmenminderungen aus den gestoppten Verhandlungen über den Verkauf von Eisenbahnerwohnungen hinzu kommen können – aufgefangen werden soll. Bei der derzeitigen Absicht, den Ausgabenbedarf durch überplanmäßige Ausgaben bereit zustellen, kann sich die Regierung nicht auf Art. 112 Grundgesetz berufen, der überplanmäßige Ausgaben nur im Falle eines unvorhergesehenen Bedürfnisses vorsieht. Schon bei den Haushaltsberatungen im Bundestag Ende November war angesichts des geschlossenen Widerstandes aller Bundesländer bereits erkennbar, dass der rot-grüne Rückzug aus der hälftigen Kostentragung des pauschalierten Wohngeldes zum Scheitern verurteilt war. Ohne Nachtragshaushalt ginge das parlamentarische Mitspracherecht über immerhin 10 bis 30% des Klimmt'schen Etats verloren.

Koalitionsentwürfe

Zu den jüngsten Äußerungen der Bundesjustizministerin zu den Bestrebungen, das Erziehungsrecht der Eltern zu ändern, erklärte der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Geis:

Der fragliche Gesetzentwurf wurde bereits am 30.6. 1999 dem Rechtsausschuss überwiesen. Dieser war auch nicht untätig. Eine öffentliche Anhörung vor dem Ausschuss hat bereits

Heinrich-Wilhelm Ronsöhr:

Nachhaltige Hilfe für Waldbauern

Der Sturm „Lothar“ hat im Schwarzwald eine Spur der Vernichtung hinterlassen. Viele Waldbauern haben einen Totalverlust; sie stehen finanziell vor unlösbaren Aufgaben.

Viele Politiker haben sich an Ort und Stelle über das Ausmaß der Schäden informiert und damit bei den Betroffenen Erwartungen erweckt, von der Politik tatkräftige Hilfe zu bekommen. Baden-Württemberg hat ein Soforthilfeprogramm von 100 Mio. DM für vor allem die bäuerlichen Waldbesitzer aufgelegt; Bayern stellt 15 Mio. DM bereit. Vonseiten der Bundesregierung ist aber bisher noch keine Mark geflossen. Die bisher eingeleiteten Maßnahmen sind nicht mehr als der Selbstverständlichkeiten, die man von einer Bundesregierung erwarten kann.

Bisher ist auch seitens der EU noch keine einzige Mark an Hilfe angekommen. Die EU-Kommission will mit Hilfe der EU-Strukturfonds und der Fördermittel für die ländliche Entwicklung den betroffenen Regionen Hilfe zukommen lassen. Dazu sollen EU-Mittel „umgeschichtet“ werden.

Man suggeriert damit großartig Unterstützung, in Wirklichkeit nimmt man Gelder weg, die eigentlich für andere Aufgaben vorgesehen waren. Wir fordern die Auflegung eines mehrjährigen Bund-Länder-Sonderprogramms Orkansschäden, das mit einem Anteil von 60% vom Bund finanziert wird. Ein solches Programm muss mindestens 5 Jahre laufen. Soviel Zeit ist

CDU/CSU-Bundestagsfraktion beantragt Hilfsprogramm für die Sturmschäden im Wald durch den Orkan „Lothar“

notwendig. Die Bundesregierung verweigert aber ein Bund-Länder-Sonderprogramm Orkansschäden. Ihre Begründung lautet, die Sturmschäden konzentrierten sich ausschließlich auf Baden-Württemberg. Es spielt für diese Regierung keine Rolle, dass das Schadausmaß größer ist als bei den Stürmen „Vivian“ und „Wiebke“ 1990, dass viele Betriebe von bäuerlichen Waldbesitzern vor dem Aus stehen.

sind nichts als ein überflüssiges Vorhaben

stattgefunden. Die Entscheidung der Ausschussmehrheit steht demnächst an. Die Union bleibt inhaltlich bei ihrer Auffassung, dass es sich bei den Entwürfen der Koalition bzw. des Bundesrates um letztlich überflüssige Vorhaben handelt, die zumindest nichts im Bürgerlichen Gesetzbuch verloren haben.

Verhaltens- und Bewusstseinsänderungen erreicht man nicht mit immer

neuen Ziselierungen von Gesetzesvorschriften, die erklärtermaßen keinen Sanktionscharakter haben. Das BGB taugt nicht als Vehikel von „Bewusstseinsveränderung“. Die Fälle von Kindesmisshandlung, die zu Recht sowohl Sozialbehörden wie ggf. den Staatsanwalt und die Gerichte beschäftigen, werden von geltendem Recht längst erfasst und stellen rechtlich kein Problem dar.

CDU HESSEN**Zeichen gesetzt**

Sollte da einer sein, der nicht nur Landtagswahlen zu gewinnen, sondern auch noch Krisen zu überleben versteht? Wenn hinter der gegenwärtigen Auseinandersetzung zwischen der Union und Rot-Grün mehr steckt als die Bereinigung der Finanzaffäre, wenn es also um ein umfassendes Kräftemessen geht, dann hat Koch ein Zeichen gesetzt, wie die CDU sich behaupten, wie sie zumindest das Steuer in der Hand behalten kann.

Frankfurter Allgemeine**Chance**

Es wäre zu einfach, Koch vorzuwerfen, er klebte am Regierungssessel. Er kämpft nicht um seine persönliche Macht, sondern um die der Partei. Ausgestattet mit Nerven wie Stahlseilen hat er die Chance nutzen wollen, die sich ihm und der CDU im Tal der Tränen bietet.

Kurier am Sonntag**Unterschätzt**

Die Zeit arbeitet für Koch. Seine Position wird immer stärker. Die Entscheidung der Staatsanwaltschaft Wiesbaden, kein Ermittlungsverfahren gegen ihn einzuleiten, ist nur ein weiterer Schritt zum Macht-

erhalt. Offenbar hat die FDP-Spitze den Zusammenhalt der CDU in Hessen genauso unterschätzt, wie die Solidarität der FDP-Basis zur Landesvorsitzenden Ruth Wagner.

Die WeltCDU BERLIN**Im Griff**

Die Berliner CDU rückt zusammen. Demonstrativ, denn die Spendenaffäre verunsichert auch die Parteimitglieder und Funktionäre in Berlin. Da wächst das Bedürfnis nach Geschlossenheit. Auch deshalb bescherten die Delegierten am Wochenende ihrem Landesvorsitzenden Eberhard Diepgen ein Traumergebnis und bestätigten ihn mit fast 90 im Amt.

Diepgen, der die Berliner CDU seit 1983 führt, hat die Partei wieder gut im Griff. Dazu trug der klare Wahlsieg bei der Abgeordnetenhauswahl bei, aber auch seine fulminante Rede zur Parteispenden-Affäre. Da traf Diepgen den richtigen Ton, und die Partei dankte es ihm. Mit ihrem überzeugenden Votum hat die Berliner CDU nicht nur ihrem Parteichef, sondern auch Diepgen als Regierenden Bürgermeister den Rücken gestärkt.

Berliner ZeitungATOMAUSSTIEG**Flexibel**

Was ist mit dem Meiler Mühlheimer-Kärlich, wenn die Industrie dem neuen Angebot von Kanzler Schröder zum Atom-Ausstieg folgen sollte? Das Kraftwerk ist nie ans Netz gegangen, ließe sich aber leicht einrechnen, wenn die zwischen SPD und Grünen vereinbarten 30 Kalenderjahre Laufzeit in Energiemengen umgerechnet werden. Flexibilität kann dann schnell heißen, dass jedes der anderen Atomkraftwerke in Deutschland eineinhalb Jahre länger am Netz bleibt. Natürlich wollen die Grünen das nicht – aber es ist doch bemerkenswert, wie still ihre führenden Vertreter bleiben, wenn jetzt die Rede auf eine neue Berechnungsmethode kommt. Für Umweltminister Trittin und andere grüne Fahrensmänner scheint es kein Dogma mehr zu sein, beinahe alles zu verhandeln. Hauptsache: Der Ausstieg kommt im Konsens. Mit einem durchaus erwünschten Nebeneffekt: Beim Abrücken von der Symbolzahl 30 Jahre für jedes Kraftwerk wird auch die Nachprüfung schwerer. Die grüne Basis hat es dann schwerer, den Aufstand zu proben. Es ist wohl möglich, dass die Spitze der Grünen den Ausstieg aus einer Energieform von gestern als Thema von gestern ansieht.

Tagesspiegel

Marschewski fordert von Schily konkrete Taten statt vieler Worte

Die Zuwanderung nach Deutschland und in die EU muss eingeschränkt werden. Richtig ist die Analyse von Bundesinnenminister Otto Schily: „Die Grenzen der Belastbarkeit sind überschritten.“

Aber Worte allein helfen gar nichts, es muss gehandelt werden. Deshalb fordert der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski, einen konkreten Gesamtplan zu dieser Problematik – und zwar auf europäischer Ebene.

Mit einem entsprechenden Antrag hat die Union im Bundestag eine Debatte angeschoben, die die Defizite des Asylrechts beseitigen und zu einer sinnvollen Regelung führen soll. Nötig sind

- stärkere Hilfen für die Hauptherkunftsländer der Flüchtlinge – die Bekämpfung der Fluchtursachen hilft den Menschen, in ihrer angestammten Heimat zu bleiben und vermindert unkontrollierte Wanderungsbewegungen,
- eine abgestimmte Visapolitik, die verhindert, dass Mehrfachanträge bei mehreren Botschaften unterschiedlich entschieden werden,
- wirksame Kontrollen an allen EU-Außengrenzen, um illegale Einreisen so weit wie möglich zu verhindern,
- neben der Identifikation von Fingerabdrücken durch ein EU-weites automati-

siertes System (EURODAC) ein zentrales Zuwanderungsregister, verbunden mit einer europäischen Warndatei.

Die illegale Einwanderung muss unterbunden werden. Wer nicht verfolgt ist, soll auch kein Bleiberecht haben. Die Belastung durch Asylberechtigte ist vernünftig zu verteilen. Um diese Ziele zu erreichen, muss das Asylrecht in Europa harmonisiert werden. Geboten sind

- die Vereinheitlichung der sozialen Leistungen und arbeitsrechtlichen Bestimmungen – einzelne Mitgliedsstaaten dürfen keine größere Anziehungskraft auf Flüchtlinge haben als andere,
- schnellere Asylverfahren,
- zügige Abschiebung Nichtverfolgter,
- eine gerechte Verteilungsregelung von Bürgerkriegsflüchtlingen und Asylbewerbern nach Quoten auf die EU-Staaten.

Tatsächlich Verfolgten soll Schutz gewährt werden. Die Europäische Union ist nicht nur völkerrechtlich, sondern auch aus humanen Gründen dazu verpflichtet. Aber das ist nur zu leisten, wenn diejenigen von der Einreise ausgeschlossen werden, die keiner Verfolgung ausgesetzt sind und das Asylrecht missbrauchen. Hier muss konsequent und entschieden gehandelt werden.

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET

<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE

*CDU#

● X 400

c = de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

● E-MAIL: post@www.cdu.de

Keimbahnintervention muss verboten bleiben

Anlässlich der Äußerungen des DFG-Präsidenten Prof. E. L. Winnacker zur Keimbahntherapie erklärte der Sprecher der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Werner Lensing:

Aus guten Gründen ist nach § 5 des deutschen Embryonenschutzgesetzes die künstliche Veränderung menschlicher Keimbahnzellen sowie die Verwendung einer menschlichen Keimzelle mit künstlich modifizierter Erbinformation zur Befruchtung strikt verboten: Die Gefahr eines Missbrauchs des Menschen als Objekt eugenischer Maßnahmen ist zu groß, und die für die weitere Entwicklung der Keimbahnintervention notwendige verbrauchende Embryonenforschung ist ethisch nicht akzeptabel.

So bemerkt Prof. Winnacker zu Recht, dass die Berücksichtigung nicht nur der therapeutischen Ziele, sondern auch der eingesetzten Mittel, um diese zu erreichen, ein hochrangiges ethisches Prinzip darstellt.

Menschenwürde unteilbar

Vor dem Hintergrund der internationalen Entwicklung wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Diskussion über eine verantwortbare Nutzung der Keimbahntherapie auch weiterhin kritisch verfolgen.

Die gegenwärtige Debatte ist zudem ein weiteres Indiz dafür, dass wir international verbindliche Rahmenbedingungen benötigen, die Forschung und Technik unter den generellen Vorbehalt der unteilbaren und unveräußerlichen Menschenwürde stellen. ■

Keine neue Bürokratie in der Informationstechnik

Zum rot-grünen Antrag „Strategie für eine Nachhaltige Informationstechnik“ erklärte der zuständige Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Martin Mayer (Siegertsbrunn):

Die Forderungen des Antrags nach umfangreichen Planungsverfahren mit Selbstverpflichtung und Branchenprotokoll sowie Sanktionsmechanismen führen zu mehr Bürokratie und sind für das Anliegen von Umweltschutz und Nachhaltigkeit in der Informations- und Kommunikationstechnik wenig hilfreich. Die Nachbesserung des Aktionsprogramms der Bundesregie-

rung durch den rot-grünen Antrag beweist wenig Vertrauen in die Ökosteuer und den umweltrechtlichen Rahmen in Deutschland. Der planwirtschaftliche Ansatz des Antrags und die perfektionistischen Vorstellungen, die aus ihm sprechen, sind Gift für eine Branche, wo die Entwicklungen im internationalen Wettbewerb atemberaubend schnell vorangehen und Erfolg nur durch rasches Handeln und Beweglichkeit zu erreichen ist. Von den geforderten zusätzlichen Umweltnormen in der IuK-Branche wären besonders Kleinbetriebe und Betriebsgründer betroffen. Wir lehnen den Antrag deshalb ab.

Die CDU ist die eigentliche Kommunalpartei in Deutschland

Zur ersten Lesung des Gesetzentwurfes von SPD und Grünen zur Senkung der Steuersätze und zur Reform der Unternehmensbesteuerung (StSenkG) erklärte der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Götz:

Zur Gegenfinanzierung von Einsparungen im Bundeshaushalt will Finanzminister Eichel den Kommunen in die Tasche fassen. Das darf so nicht Gesetz werden. Eichel darf seinen Haushalt nicht auf dem Rücken der Kommunen entlasten, denn da trifft es den Bürger direkt.

Die Gewerbesteuer wird über eine Umlage schon jetzt zu 20 % von Ländern und Gemeinden angezapft. Das macht pro Jahr 10,6 Mrd. DM aus. Nun wollen SPD und Grüne, dass die Gemeinden einen Anteil von 30 % abgeben. Im nächsten Jahr würde das mit 13 Mrd. DM zu Buche schlagen; 2003 wären es gar 18 Mrd. DM. Dagegen setze ich mich vehement ein.

Außerdem will Eichel, dass Personengesellschaften ihre Gewerbesteuerabgaben auf die Einkommenssteuer anrechnen können. Wenn das Gesetz wird, gehen den Städten und Gemeinden in den Jahren 2001 bis 2004 Einnahmen von 4,5 Mrd. DM verloren. Auch diese Einbuße ist nicht hinnehmbar.

Die Gewerbesteuer ist die wichtigste eigene Steuer der Gemeinden. Sie stellt eine direkte Verbindung zur örtlichen Wirtschaft her. Mit einem Hebesatz kann jede Gemeinde die Gewerbesteuer in ihrem Bereich höher oder niedriger ansetzen. Da die Unternehmer bei ihrer Standortentscheidung auch auf die Gewerbesteuerbelastung schauen, ergibt sich durch die Hö-

he der gemeindlichen Gewerbesteuer ein Wettbewerb zwischen den Städte und Gemeinden um Investoren und damit Arbeitsplätze.

Die geplante pauschalierte Anrechnung von Gewerbe- auf Einkommenssteuerschuld macht aus der Gewerbesteuer bei Personengesellschaften eine Vorauszahlung auf die Einkommenssteuer. Eine hohe Gewerbesteuer, die auf die Einkommenssteuerschuld angerechnet werden kann, führt wegen der vorgesehenen niedrigeren Einkommenssteuersätze dazu, dass sie nicht mehr so stark wie früher auf die Standortkosten durchschlägt.

Darf nicht Gesetz werden

Das ist nicht im Interesse eines für die deutsche Volkswirtschaft nützlichen Standortwettbewerbs. Auch deshalb darf dieser Vorschlag der rot-grünen Regierung nicht Gesetz werden.

Wenn die Städte und Gemeinden weiter verarmen, so wie es die Regierung jetzt plant, dann wirkt sich das auf jeden von uns ganz direkt aus. Leistungen der Gemeinden für das tägliche Leben können nicht mehr erbracht werden wie bisher, oder die Stadtverwaltung muss Gebühren und Eintrittspreise erhöhen: Schwimmbäder, Sportstätten, Busse und Bahnen, Müllabfuhr und viele andere wichtige Dienstleistungen kommen dann unter die Räder.

Ich setze mich für eine starke kommunale Selbstverwaltung ein. Die kommunale Finanzautonomie darf nicht weiter ausgehöhlt werden. Es muss genügend Geld in den Kassen der Gemeinden, Städte und Landkreise sein, damit unsere Wohnorte lebenswert bleiben.

„Eine Welle der Begeisterung ging durch den Saal“

Der Landesparteitag der hessischen CDU in der Rhein-Main-Halle der Landeshauptstadt Wiesbaden zeigte, was alle schon wußten: Die CDU Hessen steht geschlossen hinter ihrem Vorsitzenden und Ministerpräsidenten Roland Koch. Es ging eine Welle der Begeisterung durch den Saal.

Mit traumhaften 97,6 Prozent der Stimmen wurde Roland Koch eindrucksvoll in seinem Amt bestätigt. Das Ergebnis in Zahlen: Von 381 gültigen Voten lauteten 372 „Ja“ für Roland Koch. Zu Stellvertretern des nach 1998 erneut im Amt bestätigten Roland Koch wählten die Delegierten Volker Bouffier (329), Dr. Franz Josef Jung (327) und Otti Geschka (266).

Reschke neuer Schatzmeister

Neuer Schatzmeister der Hessen CDU wird Hans Hermann Reschke mit dem fabelhaften Ergebnis von 370 Ja-Stimmen bei nur zwei Gegenstimmen. Als sein Stellvertreter wurde Clemens Reif mit 334 Stimmen gewählt.

Auch unter den drei weiteren Präsidiumsmitgliedern sind wieder bekannte Gesichter. Hannelore Rönsch bekam 327 Stimmen, Gerald Weiß 317 Stimmen und Bärbel Sothmann 292 Stimmen.

Als Beisitzer wurden gewählt Karin Wolff (335), Marlies Moseik-Urbahn (328), Georg Lewandowski (328), Margret Härtel (318), Martina Leistenschneider (309), Dr. Alois Rhiel (300), Lucia Puttrich (297), Eva Kühne-Hörmann (293), Udo Corts (290), Andreas Storm (288), Jürgen Banzer (282), Inge Velte (273), Volker Hoff (267), Angelika Scholz (264), Friedrich Bohl (253), Rudi Haselbach (202), Klaus-Peter Willsch (186), Peter

Wichtel (169, in der Stichwahl mit 169 Stimmen).

In seiner Grundsatzrede hob der Landesvorsitzende der hessischen CDU, Ministerpräsident Roland Koch, hervor, dass die hessische CDU nach der erfolgreichen Landtagswahl am 7.2.1999 große Erfolge in der Sache errungen habe. Die Union habe dafür gesorgt, eine Chance für Eltern, Lehrer und Schüler zu schaffen. Beispielhaft nannte er die 99%tige Un-

91. Parteitag: Hessens CDU steht geschlossen zu Roland Koch

terrichtsversorgung in der Grundschule. Koch warnte vor der Annahme, daß bürgerliche Parteien „Gottesgeschenke“ seien. „Große bürgerliche Parteien der Mitte sind keine verfassungsrechtliche Notwendigkeit, sondern das Werk menschlicher Schaffenskraft.“

Koch dankte allen, die in dieser Situation den Kampf um Vertrauen und Aufklärung unterstützen. Er stellte klar, daß die Abgabe des Rechenschaftsberichtes Ende Dezember nach dem damaligen Kenntnisstand völlig korrekt gewesen sei. Einen Fehler habe er bei der Information von Journalisten gemacht. Dafür zahle er einen hohen Preis. „Das ist nicht so schlimm, aber Sie zahlen ihn mit, und das tut mir sehr leid“, rief Koch den Delegierten zu.

Nicht nur Heiligsprechungen und Kreuzigungen

Es seien historische Fehler von Wittgenstein und Kanther gemacht worden, die unglaubliche Schäden innerhalb der Partei und für die Partei nach sich gezogen hätten. Nun gelte es, durch eine schonungs-

Roland Koch: Bürgerliche Parteien sind kein Gottesgeschenk und auch keine verfassungsrechtliche Notwendigkeit, sondern das Werk menschlicher Schaffenskraft.



lose Aufklärung und vertrauensbildende Maßnahmen die Partei wieder zu stabilisieren. Koch mahnte seine Partei, nicht zu glauben, dass es nur Heiligsprechungen und Kreuzigungen gäbe.

Es müsse, so Koch, auch weiterhin eine „menschliche Begegnung möglich sein“. Wenn dies nicht mehr möglich sei, hätten die Kameras die Regierung übernommen, sagte Koch unter starkem Applaus. Scharf ging der Ministerpräsident mit der rot-grünen Opposition ins Gericht, die sich sachpolitisch in einem erbarmungswürdigen Zustand befinde. Die Opposition akzeptiere nicht, dass „98% aller Zahlungen belegbar und rekonstruierbar seien und Menschen zur richtigen Zeit ihr Schweigen gebrochen hätten“. Koch betonte, dass die Vorgänge ein permanenter Verstoß gegen das Parteienrecht seien, die in ihrer Schwere nicht zu überbieten seien. Die schmerzhafteste Aufklärungsarbeit und Offenlegung der Fakten bedeute aber, so Roland Koch, die Aufhebung der Vogel-freiheit.

Vertrauen schaffen durch Scharbeit

Koch lobte den neuen Generalsekretär Herbert Müller und betonte, dass es zu den Glücksfällen gehört habe, Herbert Müller zum Generalsekretär gemacht zu haben. Seine großartige Leistung habe Respekt

und Dankbarkeit verdient. Mit Nachdruck wies Koch darauf hin, dass die Regierung einen „Auftrag“ zu erfüllen habe. Die Bürger fragten, wie das Land gestaltet werden soll. Zu Überlegungen dieser Art gehöre, so Koch, auch eine gemeinsame Verantwortung von Medien und Politik. Koch forderte eine Rückkehr zur Verhältnismäßigkeit. Man müsse mit Augenmaß darauf aufpassen, dass sich das Leben nicht in einer virtuellen Welt abspiele. Es gelte Vertrauen zu schaffen durch Arbeit an der Sache.

Vehement wies Koch darauf hin, dass die Doppelte Staatsbürgerschaft nicht von der CDU auf die Tagesordnung gebracht wurde. Auch 70% der SPD Wähler seien dagegen gewesen. Auch der Vorwurf, man habe wegen des Geldes die Wahl gewonnen, sei unsinnig. Die Wahl wurde in den Köpfen entschieden. Nur 1/16 der Wahlkampf-kosten seien für die Kampagne gegen die Doppelte Staatsbürgerschaft ausgegeben worden.

Wer Neuwahlen wolle, der möchte, dass Rot-Grün in Berlin ungebremst regieren kann. Scharf nahm er die Grünen ins Visier, denen er bei einer Regierungsbeteiligung eine Blockade der Diskussion um den Flughafen Frankfurt vorwarf. Rot-Grün an der Regierung würde die Zukunft der Rhein-Main Region gefährden.

Große Übereinstimmung mit der FDP

Koch betonte, dass sich seit einem Jahr in der Politik etwas bewege und dies mit einer großen Übereinstimmung mit den Kollegen der FDP. Koch bezeichnete die Leistungen von Ruth Wagner und Jörg-Uwe Hahn als beinahe „übermenschlich“ und zollte ihnen große Dankbarkeit. Es könne aber nicht Ziel sein, dass Partner zerrissen werden. Es gelte, so Koch abschließend, die Stammwählerschaft zu stabilisieren und neuen Vertrauen zu schaffen.

Dirk Fischer als Landesvorsitzender bestätigt

Der alte und neue Landesvorsitzende der Hamburger CDU heißt Dirk Fischer. Für zwei weitere Jahre wählten ihn die Delegierten der Union der Hansestadt an die Spitze ihres Landesverbandes.

Auf dem Landesausschuss (Landespartei-tag) am 19. Februar im Bürgerhaus des Hamburger Stadtteils Wilhelmsburg stimmten 144 von 236 Delegierten für ihn. Für Dirk Fischer, gleichzeitig der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion, beginnt damit seine fünfte Amtszeit – 1992 übernahm er das Amt von Jürgen Echternach.

Überraschend hatte kurz vor der Abstimmung ein weiterer Delegierter seine Kandidatur angemeldet, der 22-jährige Björn Neumann. Auf ihn entfielen bei der Abstimmung 42 Ja-Stimmen.

Keine Veränderungen

Auch bei der Wahl des übrigen Vorstandes gab es keine Veränderungen. Unterstützt wird Dirk Fischer als Vorsitzender, wie auch schon in den vergangenen zwei Jahren, durch die Stellvertreter Ole von Beust, CDU-Fraktionschef in der Hamburger Bürgerschaft, Antje Blumenthal, MdHB, Birgit Schnieber-Jastram, MdB, Gunnar Uldall, MdB und den Schatzmeister Andreas C. Wankum.

Gast der Hamburger CDU auf ihrem diesjährigen Landesausschuss war der Spitzenkandidat der CDU Schleswig-Holstein zur Landtagswahl, Volker Rühle, MdB. Rühle ist für die Hamburger CDUler kein Unbekannter, ist er doch seit vielen Jahren Bundestagsabgeordneter im südlichsten Bezirk Hamburgs, Harburg. Mit stürmischem

Applaus bedachten die Delegierten daher auch seine Rede, auf der er u.a. noch einmal die Ziele einer CDU geführten Landesregierung im nördlichsten Bundesland zwischen Nord- und Ostsee vorstellte.

Zusammenfassend kann der Landesausschuss 2000 als gelungene Veranstaltung angesehen werden. Einige waren am Abend jedoch auch sichtlich froh, dass eine solche Sitzung nur alle zwei Jahre stattfindet, bedenkt man den „Wahlmarathon“ zu diversen Ausschüssen und Gremien, der auch in diesem Jahr wieder zu bewältigen war.

Verantwortliche zur

Einen „un glaublichen Skandal“ hat der CDU-Europaabgeordnete Peter Liese die Erteilung eines Patents auf genetisch veränderte Embryonen durch das Europäische Parlament in München genannt.

Ein Sprecher des Parlaments hatte Berichte von Greenpeace und der Financial Times Deutschland bestätigt, wonach ein solches Patent erteilt worden sei. Drei Prüfer hatten das Patent offenbar „aus Versehen“ erteilt.

Dazu erklärte Peter Liese, der Vorsitzender der Arbeitsgruppe Bioethik der EVP-Fraktion (Christdemokraten und Konservative) im Europäischen Parlament ist: „Ich finde es unfassbar, dass so etwas passieren kann. In der Debat-

Eberhard Diepgen traf die Stimmungslage

Blumen für den strahlenden Sieger und stehenden Applaus. So feierten die 400 Delegierten des Berliner CDU-Landesparteitag die Wiederwahl von Eberhard Diepgen zum Landesvorsitzenden der Berliner Union. Mit 89,7 Prozent bekam er eines der besten Ergebnisse, seit er in 1983 erstmals in diese Funktion gewählt wurde.

Der 20. Landesparteitag war insgesamt ein großer Erfolg. Die Partei zeigte sich gerade in dieser schwierigen Phase für die Union geschlossen und harmonisch. Und Eberhard Diepgen traf die Stimmungslage,

Rechenschaft ziehen

te um die europäische Patentrichtlinie hat sich das Europäische Parlament massiv dafür eingesetzt, dass die genetische Veränderung der Keimbahn des Menschen nicht patentierbar ist. Unter anderem aus diesem Grund war eine erste Version der Richtlinie im Jahre 1995 gescheitert. Ich kann mir kaum vorstellen, dass diese heftige Diskussion an den Prüfern spurlos vorübergegangen ist. Die Verantwortlichen im Europäischen Patentamt, aber auch die Antragsteller laufen Gefahr, dass die gesamte Biotechnologie durch ihre unverantwortliche Handlungsweise diskreditiert wird.“

Liese verlangte, das Patent umgehend rückgängig zu machen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

als er in seiner viel beachteten Rede ausrief: „Unsere Krise ist selbstverschuldet – aber nicht von der Partei, nicht von Mitgliedern, sondern von einzelnen. Aber wir lassen uns den Stolz nicht nehmen!“

Ausdrücklich wurde in mehreren Beiträgen die Rolle Wolfgang Schäubles für die Union gewürdigt. Besonders Berlin habe ihm viel zu verdanken. Ohne Wolfgang Schäuble wäre weder der Prozess der Deutschen Einheit noch die Entscheidung für Berlin als Sitz von Regierung und Parlament denkbar gewesen.

Der neu gewählte Landesvorstand der Berliner CDU zeichnet sich durch eine Mischung aus erfahrenen und jüngeren Persönlichkeiten aus. Neuer Generalsekretär wurde der Berliner Europaabgeordnete Ingo Schmitt (41), als stellvertretende Landesvorsitzende wurden wiedergewählt der Bezirksbürgermeister von Berlin-Mitte, Joachim Zeller, Bundestagsabgeordneter Prof. Dr. Rupert Scholz und Bildungsfachmann Stefan Schlede.

Verjüngungsprozess

Neu in dieser Funktion sind die Sozialpolitikerin Verena Butalikakis, der Berliner JU-Landesvorsitzende Kai Wegner, der junge Wirtschaftspolitiker Dr. Frank Steffel sowie die Sozialstadträtin im Bezirk Prenzlauer Berg, Ines Saager. Das Durchschnittsalter des neuen Landesvorstandes liegt bei etwa 45 Jahren – sichtbarer Ausdruck des Verjüngungsprozesses in der Hauptstadt-Union.

Neuerdings 20 kindgerechte Vernehmungszimmer

In Hessen geht die Schaffung kindgerechter Vernehmungszimmer weiter voran. „Es ist wichtig, dass die Richter und Staatsanwälte bei der Vernehmung von Kindern besondere Rücksicht nehmen und behutsam auf die Kinder in der schwierigen Vernehmungssituation eingehen“, erklärte Justizminister Christian Wagner in Wiesbaden auf eine Nachfrage der Landtagsabgeordneten Birgit Zeimetz-Lorz in Wiesbaden.

„Wichtig dafür ist, dass die Vernehmung der Kinder in einer kindgerechten Umgebung und nicht in einem normalen Arbeitszimmer stattfindet“, betonte Wagner. Wagner begrüßte auch ausdrücklich, dass zunehmend mehr Vernehmungszimmer mit moderner Videotechnik ausgestattet sind. „Da so Kindern mehrfache Vernehmungen erspart bleiben können, werde ich mich weiterhin für einen weiteren Ausbau der Technik einsetzen“, sagte Wagner weiter.

Nach Wagners Informationen haben in der hessischen Justiz die Landgerichte, Amtsgerichte und Staatsanwaltschaften insgesamt 20 kindgerechte Vernehmungszimmer zur Vernehmung missbrauchter Kinder eingerichtet. Diese stehen in folgenden Justizbehörden zur Verfügung: in den Landgerichten Darmstadt, Fulda, Limburg, Amtsgerichte Darmstadt, Gießen, Bad Hersfeld sowie in 9 Amtsgerichten im Landgerichtsbezirk Darmstadt; bei den Staatsanwaltschaften Darmstadt, Frankfurt, Hanau und Limburg - Zweigstelle Wetzlar. Darüber hinaus wird im Landgericht Hanau demnächst ein entsprechendes Vernehmungszimmer fertiggestellt werden. Außerdem ist im Landgericht Frankfurt am Main und in der Staatsanwaltschaft in Hanau jeweils ein Raum mit

Videoausstattung vorhanden. Die kindgerechte Ausrüstung der Räume ist zur Zeit in Arbeit. Außerdem gibt es im Amtsgericht Kassel noch einen Raum mit einer Videoausstattung, der jedoch noch nicht kindgerecht eingerichtet ist.

Auch die Polizeibehörden in Hessen besitzen insgesamt sechs kindgerechte Vernehmungszimmer.

Hinweis: Unter einem kindgerechten Vernehmungszimmer wird bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften ein besonders eingerichteter Raum verstanden. So sind dort in der Regel Kindermöbel, Spielgeräte und Spielsachen vorhanden. Zudem sind diese Räume meist sehr hell und freundlich gestrichen. Immer öfter vernehmen auch die Staatsanwälte Kinder in diesen Räumen, damit eine entsprechende ruhige Atmosphäre erreicht und Ängste abgebaut werden können. Zunehmend werden diese Zimmer, wie sich auch aus der Antwort ergibt, mit Videotechnik ausgestattet, um Kindern die mehrfache Vernehmung zu ersparen.

DAS DEUTSCHE HERZZENTRUM

Berlin (DHZB) ist das bundesweit erste rauchfreie Krankenhaus. Seit 1. Februar dürfen auch die rund 1.200 Mitarbeiter der Spezialklinik im Haus nicht rauchen. Ihnen werden kostenlose Entwöhnungskurse angeboten, wie der Leiter des Projekts „Nichtraucherzone DHZB 2000“, Andreas Mappes, sagte. Etwa 70 der ungefähr 400 Raucher hätten sich bereits zu einer Teilnahme entschlossen. Den Patienten war das Rauchen in der Klinik auch zuvor schon untersagt.

Soziale Kontrollen statt Wegseh-Mentalität

Neben der Familie ist es primär die Schule, die zur Persönlichkeitsentfaltung und zur Einordnung des Jugendlichen in das Gesellschafts- und Kulturleben beitragen soll.

Die sich häufende Berichterstattung über Schule als Ort der Gewalt, an dem Gewalt gegenüber Lehrern und Gewalt unter Schülern ausgeübt wird, hinterfragt die Tragfähigkeit der tradierten Schulstrukturen. Eskalierende Gewalt verlangt nach präventiven und intervenierenden Maßnahmen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat dazu ein 10-Punkte-Papier erarbeitet:

1. Gewalttätiges Verhalten entsteht nicht spontan im luftleeren Raum, sondern ist Resultat einer jeweils persönlichen Entwicklung des Jugendlichen. Risikofaktoren, die zu gewalttätigem Verhalten führen können, sind biologischer, psychischer und sozialer Natur.

2. Im sozialen Kontext spielt Schule bei der Vermeidung oder Begünstigung gewalttätigen Verhaltens eine maßgebliche Rolle. Die Schulstrukturen müssen daher das Gefühl der Anonymität verhindern, um Identifikation und Verantwortungsbewusstsein zu fördern.

3. Schule muss durch verbindliche Regeln Orientierung und Sicherheit bieten. Ritualisierte Abläufe und vor allem die sogenannten Sekundärtugenden spielen in der Einübung sozialen Verhaltens eine wichtige Rolle. Schüler und Lehrer müssen akzeptieren, dass ein Regelwerk für jedes Zusammenleben, das unterschiedli-

chen Ansprüchen gerecht werden muss, unabdingbar ist. Schule muss daher so organisiert werden, dass persönliche und allgemeine Bedürfnisse in möglichst optimalen Einklang gebracht werden.

4. Gleichzeitig muss Schule Freiräume schaffen, die das Einüben der jugendlichen Verantwortung ermöglichen. Schüler müssen sich bewähren können. Die

10-Punkte-Papier der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema Jugend und Gewalt

gestellten Anforderungen an das Wissen und Lernen, aber auch an das soziale Verhalten müssen vom Schüler zu bewältigen sein.

5. Schulen müssen das Recht haben, verbindliche Codices zu entwickeln und eine gesteuerte Lehrer- und Schülerauswahl zu treffen, um ein ausgeglichenes Zusammenleben organisieren zu können. In diesem Sinne darf die Zahl der verhaltensunsicheren Schüler ein bestimmtes Maß nicht überschreiten. Nur so ist die Integration verhaltensunsicherer Kinder und Jugendlicher in den Schulbetrieb möglich.

6. Der Schüler darf mit aggressivem oder gewalttätigem Verhalten keinen Erfolg verbuchen. Duldung wird als stillschweigendes Akzeptieren interpretiert und verstärkt aggressive Verhaltensmuster. Nur soziale Kontrolle kann eruptive Gewalt minimieren.

Glücksfall oder Störfall Kind?

Die dramatisch zurückgehende Geburtenrate in Deutschland widerspricht dem hohen Stellenwert des Kinderwunsches unter jungen Menschen.

Entscheidend für die Umsetzung des vorhandenen Kinderwunsches ist der Einfluss der wirtschaftlichen und gesetzlichen Anreize. Um der gegenwärtigen Entwicklung entgegenzuwirken, hat die Konrad-Adenauer-Stiftung einen 8-Punkte-Plan aufgestellt, der u.a. fordert:

- Die Familienpolitik muss sich an den Bedürfnissen der Familien/Erziehenden orientieren.
- Das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom Januar 1999 muss lückenlos umgesetzt werden. Dort wird angeordnet, Kinder bzw. die Betreuungsarbeit und Erziehungsleistung steuerlich

zu berücksichtigen (Freistellung des Existenzminimums von Kindern, Erziehungsfreibetrag).

- Höhe und Bezugsrechte des Kinder- und Erziehungsgeldes müssen überprüft werden.
- Der Erziehungsurlaub muss flexibler werden; das Konto von drei Jahren soll in einem Rahmen von acht Jahren beansprucht werden können. Außerdem soll die Obergrenze von 19,5 Wochenarbeitsstunden abgeschafft werden, verbunden mit einem Anspruch auf Teilzeitarbeit.
- Ein Vaterschaftsurlaub von sechs Wochen sowie ein eigener, nicht übertragbarer Freistellungsbudget für Väter sollen eingeführt werden.
- Die Erziehungsleistung soll als Bonus in der gesetzlichen Alterssicherung angemessen berücksichtigt werden.

7. Die Verurteilung von Gewalt darf sich nicht auf den sozialen Raum der Schule beschränken. Die Ächtung von Gewalt muss im gesamtgesellschaftlichen Konsens erfolgen. Statt der verbreiteten „Wegsehmentalität“ bedarf es der sozialen Kontrolle. Zudem bedürfen Lehrer einer spezifischen Ausbildung für den Umgang mit Gewalt.

8. Neue Forschungsergebnisse weisen auf einen Zusammenhang zwischen der Darstellung von Gewalt in den Medien und tatsächlich ausgeübter Gewalt hin. Mehr denn je bedarf es daher einer gezielten und systematischen Medienerziehung in Schule und Familie. Es dürfen nicht Konsumleitbilder sein, die das Werteraster der Jugendlichen bestimmen. Gerade in

dieser Frage muss das Zusammenspiel von Schule und Familie optimiert werden.

9. Schulen müssen die Ganztagsbetreuung als Angebot einführen, ebenso wie die Öffnung der Turnhallen an Wochenenden, in den Ferien und am späten Abend.

10. Schulbehörden müssen eine flexiblere Schulpolitik praktizieren. Problemschulen mit überproportionalem Anteil verhaltensauffälliger oder einer hohen Zahl ausländischer Schüler müssen mehr Lehrer zugewiesen werden. Ferner bedürfen Schulen mehr eigenständige Kompetenz in der Durchsetzung von Sanktionen gegen gewalttätige Schüler. Bürokratische Dienstwege verhindern bislang unmittelbar sichtbare Verurteilung von Gewalt.

Machen Sie mit . . .

in der

**Senioren
Union** 
CDU

● **Broschüre**
Mach mit in der Senioren-Union

Bestell-Nr.: **5283**
100 Expl.: **30,00 DM**

● **Faltblatt**
Erfahrung ist gefragt!

Bestell-Nr.: **2185**
100 Expl.: **13,00 DM**

**Erfahrung ist
gefragt!**



**Wer sich engagiert,
verändert.**

**Senioren
Union** 
CDU

● **Faltblatt**
Anwalt und Partner der Senioren

Bestell-Nr.: **2261**
100 Expl.: **15,00 DM**

**Senioren-Union der
CDU Deutschlands**

Anwalt und Partner
der Senioren

**Senioren
Union** 
CDU

● **Mitentscheiden – Mitverantworten**
Kommunalpolitische Grundsatzklärung der
Senioren-Union

Bestell-Nr.: **2395**
100 Expl.: **22,00 DM**



Mitentscheiden - Mitverantworten
in Gemeinden,
Städten und Kreisen

KOMMUNALPOLITISCHE GRUNDSATZERKLÄRUNG

**Senioren
Union** 
CDU

Mitarbeiten · Mitentscheiden · Mitverantworten

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 1190
53348 RHEINBACH
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

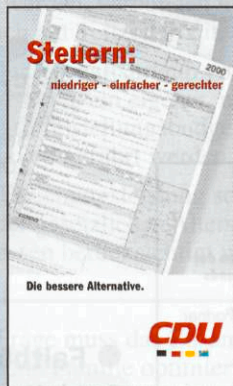
...zurückgehende Geburtenrate in Deutschland...
...spricht dem hohen...
...Kinderwunsch...
...Stoff mit in der Senoren Union...

Unsere neuesten Infos zu Steuern und Recht!



● Faltblatt Ein neuer Generationenvertrag

Bestell-Nr.: 2647
100 Expl.: 12,00 DM



Bestellschrift:

IS-Versandzentrum
Postfach 14 65 · 59306 Ennigerloh
Fax: 0 25 24/91 13 10
e-mail: cdu-shop@bertelsmann.de

● Minibroschüre CDU-Steuermodell 2000

Bestell-Nr.: 5648
100 Expl.: 18,00 DM

UiD

7/2000

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon: (0228) 5440, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.